

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Steuerung der Zuwanderung

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2016 wurden in der Schweiz insgesamt 14277 Asylgesuche gestellt. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2015 ist dies eine Zunahme von etwa 20 Prozent. Und dies, obwohl die sogenannte Balkanroute geschlossen ist. Doch aus dem Tessin häufen sich in letzter Zeit die Meldungen über einen regelrechten Ansturm auf die Schweizer Grenze.

Die klare Mehrheit der Herkunftsländer der Flüchtlinge befindet sich in Eritrea, Somalia, Nigeria oder Äthiopien, während die Syrer nur eine Minderheit ausmachen. Und obwohl mittlerweile auch das EJPD den Wegweisungs-vollzug nach ganz Sri Lanka für zumutbar hält, wurden auch aus diesem Land wiederum fast so viele Gesuche wie aus Syrien entgegengenommen. Beim überwiegenden Teil dieser Migranten handelt es sich damit offensichtlich um Wirtschaftsflüchtlinge und nicht um Kriegsverfolgte. Während die Schweiz Ende Juni 2015 noch 31 618 vorläufig aufgenommene Personen zählte, waren es Ende Juni 2016 schon 34 741. Damit dürften die Kosten des Asylwesens auch in Zukunft weiter ungebremst steigen. Die mittel- und langfristige Finanzierung dieser Entwicklung über die Bundes-, Kantons- und vor allem Gemeindegassen wird immer schwieriger.

Während das Departement von Bundesrätin Sommaruga das Ganze beschönigt und sogar von rückläufigen Asylzahlen spricht, erreichen uns in der Realität besorgniserregende Informationen von der Südgrenze. Je nach Quelle sollen aktuell alleine im Tessin 1100–1500 Asylbewerber pro Woche angehalten werden. Wir fordern vor allem das Departement von Bundesrätin Sommaruga, aber auch das Grenzwachtkorps auf, ab sofort wöchentlich genaue und unverfälschte Zahlen, insbesondere über ankommende Asylbewerber sowie aufgegriffene illegale Einwanderer, zu publizieren. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats hat ausserdem mit der Beratung der Umsetzung der Verfassungsbestimmung zur Steuerung der Zuwanderung begonnen. Der Umsetzungsvorschlag des Bundesrats widerspricht nämlich dem Verfassungsauftrag, wie ihn das Volk erteilt hat. Dieser enthält in Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz den Inländervorrang, jährliche Höchstzahlen und Kontingente sowie eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Es ist Zeit, diesen Auftrag umzusetzen. Die illegale Zuwanderung muss gestoppt werden, damit wir Platz für wahre Flüchtlinge haben. Ausserdem ist vor allem Hilfe vor Ort sinnvoll und zielgerichtet.

GELTEN GESETZE FÜR ALLE ODER FÜR WENIGE?

Mit Illegalen ist kein Rechtsstaat zu machen

Um zu begreifen, wie kaputt die linke Politik der Gutmenschen ist, braucht es teils eine grössere Distanz. Denn mit der Zeit beginnt man ab all den gebotenen Absurditäten abzustumpfen. Der politische Irrsinn wird dann leider als Normalzustand wahrgenommen. Deshalb ein Gedankenspiel.



Samuel Balsiger
Gemeinderat SVP
Zürich 9

Stellen Sie sich vor, Sie parkieren mit einem illegal besorgten Auto im Halteverbot und blockieren die Durchfahrt zu einem Altersheim. Sie brechen also mehrere Gesetze. Auch verstossen Sie mit ihrem unfairen Verhalten gegen Sitte und Moral.

Als die Polizei kommt, werden Sie wütend und schicken die Beamten mit den Worten weg: «Ich kenne den Polizeivorsteher, Gesetze gelten für mich nicht!» Die Polizisten werden möglicherweise aus Jobangst nervös und gehen. Klingt unglaublich? Aber was würden Sie sagen, wenn ein solches Gedankenspiel in Bezug auf die illegale Masseneinwanderung wahr wäre?

Fakt: es ist Asylmissbrauch

Asylbewerber, die nicht direkt an Leib und Leben bedroht sind, ihre Pässe weg-schmeissen und dann irgendwelche erfundenen Geschichten erzählen, nur um Sozialgelder abzukassieren, das sind keine Flüchtlinge. Würden die politischen Verantwortlichen die Rechtsordnung ernst nehmen, so müssten sie zum Schluss kommen: es sind illegale Einwanderer.

Zudem würden die Gutmenschen dann auch feststellen, dass die Asylbewerber mit ihren Lügen gegen unsere Sitte und Moral verstossen. Dieses Verhalten müsste eigentlich wütende Ablehnung hervorrufen. Oft wird die Handlung aber durch den Asylprozess

staatlich gefördert und legalisiert. Falls nicht, dann bleiben die Personen halt einfach als abgewiesene Asylbewerber in der Schweiz.

Legal, illegal – egal?

Die ihnen kämpferisch wohlgesinnten Massenmedien nennen diese Migranten «Sans Papiers». Und auch die politische Linke kämpft für das «Recht» der meist afrikanischen Illegalen in der Schweiz bleiben zu dürfen. Die Stadt Zürich unterstützt zu diesem Zweck auch private Organisationen wie die radikale Autonome Schule Zürich (ASZ). Gelehrt wird dort, dass Integration oder gar Assimilation strikt abzulehnen sei. Was besonders im Zusammenhang mit dem Islamismus und der Gefahr von weiterer Ghetto-bildung höchst bedenklich ist.

Gesetze für alle oder für wenige?

Die illegale Masseneinwanderung belastet nebst den Sozialwerken auch die Polizeiarbeit. Bei Verdachtsmomenten müssen die Sicherheitskräfte Personen auf ihren Aufenthaltsstatus kontrollieren. Vor kurzem wurden auch Afrikaner vor dem Gebäude der ASZ überprüft. Plötzlich stürmten die Betreiber der Autonomen Schule Zürich auf die Strasse. Die Befürworter des Asylchaos teilten den Beamten lauthals mit, man habe mit Polizeivorsteher Richard Wolff eine Vereinbarung, dass keine Personenkontrollen durchgeführt werden dürften.

Das Verhalten der Polizisten sei «rassistisch» und «stelle einen direkten Angriff auf das gesamte Projekt Autonome Schule Zürich dar». Die ASZ-Betreiber drohten, man werde diesbezüglich Gesinnungsgenosse Wolff kontak-

tieren. «Plötzlich hätten die Polizisten relativ rasch davon abgesehen und keine weiteren Personen kontrolliert», ist im Online-Magazin «Tsüri» zu lesen. Das aufgebrachte Getue der Linken legt den Verdacht nahe, dass es tatsächlich illegale aus Afrika waren.

Die Linken dürfen nicht gewinnen

Was beim eingangs erwähnten Gedankenspiel unglaublich klang, ist in Bezug auf die illegale Masseneinwanderung gesamtschweizerisch störende Realität.

Die skandalöse Vereinbarung zwischen der radikalen Autonomen Schule Zürich und Stadtrat Wolff sollte im Gemeinderat aufgearbeitet werden.

Warum sollen bei Verdachtsmomenten Migranten nicht überprüft werden, ob sie sich illegal in der Schweiz aufhalten? Bestimmen radikale Linke, ob in der Stadt Zürich Bundesgesetze Geltung haben? Erfüllt das Verhalten von AL-Stadtrat Wolff den Tatbestand der Begünstigung?

Mein Kollege Stephan Iten und ich werden dazu der SVP-Fraktion einen parlamentarischen Vorstoss vorlegen. Die Vertreter der Volkspartei und alle wachen Bürger dürfen niemals anfangen, den linken Irrsinn als Normalzustand zu tolerieren.

Die Abschaffung der Schweiz ist keine Option, die Linken dürfen also nicht gewinnen!

VOLKSABSTIMMUNG VOM 25. SEPTEMBER 2016

Vorlagen Stadt Zürich

| | |
|--|------|
| 1. Strassenparkplätze in der Innenstadt, Preiserhöhung für eine lenkungswirksame und effiziente Nutzung (Referendum) | NEIN |
| 2. Finanzdepartement, Eishockey- und Sportarena, Gewährung eines Bau-rechts, eines rückzahlungspflichtigen Darlehens von 120 Millionen Franken und eines jährlichen Betriebsbeitrags von 2 Millionen Franken an die ZSC Lions Arena Immobilien AG sowie Objektkredite von 2,8 Millionen Franken für Altlastenbereinigung und von 1,9 Millionen Franken für allfällige Erschliessungsmassnahmen | JA |
| 3. Immobilien Stadt Zürich und Grün Stadt Zürich, Schütze-Areal, Industrie-quartier, Instandsetzung und Umbau des Schulhauses Heinrichstrasse, Erstellung eines Anbaus mit Kindergarten, Quartierhaus, Bibliothek und Sporthalle sowie eines Quartierparks, Investitionsbeitrag an die PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich, Objektkredit | JA |
| 4. Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Schauenberg, Quartier Affoltern, Ersatzneubau, Objektkredit | JA |

DER AKTUELLE VORSTOSS

Sind Begegnungszonen gefährlich?

Die links-grüne Mehrheit in der Stadt Zürich verordnet dieser Stadt zahlreiche Massnahmen mit ihrer ausgesprochenen Auto-Verhinderungspolitik, immer auch mit der Begründung, mehr Sicherheit für Verkehrsteilnehmende zu schaffen. Grundsätzlich ist das ja kein verwerfliches Vorgehen. Manchmal wird aber die Praxistauglichkeit von Massnahmen nach deren Umsetzung infrage gestellt. Was dann – Herr Polizeivorsteher?

Solche Massnahmen, die sich in der Praxis nicht so unproblematisch erweisen, sind sogenannte Begegnungszonen, wo für Autofahrende Tempo 20 gilt. Diese Aussagen sind keine Propaganda von politischen Gegnern, sondern in den Medien publizierte Erfahrungsberichte von Anwohnerinnen und Anwohnern.

Gemeinderätin Katharina Widmer und Gemeinderat Samuel Balsiger (beide SVP) verlangen deshalb vom Stadtrat Auskunft und stellen im Rahmen ihrer Schriftlichen Anfrage kritische Fragen zum Thema.

Schriftliche Anfrage

Das Departement von Stadtrat Richard Wolff schreibt auf seiner Internetseite: «Die Begegnungszone bringt für alle mehr Lebensqualität.» Auch an der Balberstrasse wurde ein solches Verkehrsregime eingeführt, welches für die Autofahrenden Tempo 20 bedeutet. Eine direktbetroffene Anwohnerin beschreibt die Realität gegenüber «20 Minuten» wie folgt: «Die Begegnungszone ist viel gefährlicher, als die 30er-Zone es ja hätte sein können.» Weiter führt die Sprecherin von besorgten Eltern aus: «Muss erst ein Kind verletzt und angefahren werden, bevor die Stadt Handlungsbedarf sieht?»

Da der Fussgänger- und Fahrbereich nicht durch einen Trottoirrand getrennt sind, entfällt für Kinder und die restli-

chen Fussgänger der benötigte Schutz. Verschiedene Experten sehen somit die sogenannten «Begegnungszonen» in Bezug auf die Sicherheit kritisch an.

Zusätzlich sind solche Umgestaltungen mit Kosten für die Steuerzahlenden sowie mit Einschränkungen für den motorisierten Individualverkehr (MIV) verbunden. Auch findet mit einer Umgestaltung oft ein Parkplatzabbau statt. In der Stadt Zürich sind jedoch ca. 180 000 Motorfahrzeuge angemeldet. Dass ein grosses Bedürfnis an Parkplätzen sowie an Sicherheit für Kinder und andere Fussgänger besteht, ist offensichtlich.

Zudem muss beachtet werden, dass jeder oberirdische Kundenparkplatz in der Innenstadt jährlich rund 500 000 Franken Umsatz für das Gewerbe generiert. Ebenso benötigt auch das Gewerbe in den Aussenquartieren für den Erhalt der Arbeitsplätze eine gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur, wozu auch Parkplätze gehören.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Massnahmen plant die Stadt Zürich konkret, damit die Eltern aufgrund der «Begegnungszonen» an der Balberstrasse nicht mehr Angst um ihre Kinder haben müssen? Was kosten diese Massnahmen?
2. Wie viele sogenannte «Begegnungszonen» wurden in den letzten fünf Jahren realisiert und wo?
3. Welche Umgestaltungskosten haben die in den letzten fünf Jahren realisierten «Begegnungszonen» verursacht?
4. Wie viele Parkplätze wurden durch die realisierten «Begegnungszonen» in den letzten fünf Jahren abgebaut?
5. Wo genau sind kurz- bis mittelfristig solche «Begegnungszonen» angedacht oder konkret geplant?

6. Wie hoch dürften die Umgestaltungskosten für die angedachten oder konkret geplanten «Begegnungszonen» sein?

7. Wie viele Parkplätze würden durch diese angedachten oder konkret geplanten «Begegnungszonen» zusätzlich wegfallen?

AUSSER RAND UND BAND

Sozialdepartement der Stadt Zürich wirbt mit FUCK SVP-Stempel

Am vergangenen Dienstagabend, 16. August 2016, fand im Städtischen Jugendkulturhaus Dynamo des Zürcher Sozialdepartements ein Konzert der amerikanischen Metal-Band «Soufly» statt.



Mauro Tuena
Nationalrat
Präsident
SVP Stadt Zürich

Personen, welche dieses Konzert besuchten, erhielten vom Dynamo beim Eingang einen Zutrittsstempel mit der Aufschrift «FCK SVP». Diese Äusserung auf dem Arm jedes Besuchers, gemeint ist unmissverständlich FUCK SVP, ist unangebracht und gegenüber der Schweizerischen Volkspartei SVP eine stark beleidigende Aussage, welche von der Stadt Zürich in keiner Art und Weise geduldet werden darf.

Das Jugendkulturhaus Dynamo gehört zu 100 Prozent der Stadt Zürich und ist Bestandteil der Dienstabteilung Soziale Dienste des Sozialdepartements der Stadt Zürich, die Mitarbeitenden des Jugendkulturhauses sind somit Angestellte der Stadt Zürich. Finanziert wird das Dynamo also vollumfänglich von den Steuerzahlenden unserer Limmatstadt. Dass eine städtische Einrichtung solche, mit diesem Stempel bewusste

Botschaften gegen eine politische Partei verbreitet, ist eine Frechheit. Grundsätzlich hat in einem solchen Fall eine vollumfänglich staatlich finanzierte Einrichtung keine Existenzberechtigung. Die SVP der Stadt Zürich fordert den sozialdemokratischen Sozialdepartementsvorsteher Raphael Golta unmissverständlich auf, diesem Treiben im Dynamo sofort ein Ende zu setzen. Sollten sich solche primitiven Vorkommnisse wiederholen, wird die SVP-Gemeinderatsfraktion anlässlich der kommenden parlamentarischen Budgetdebatte den entsprechenden Kredit Dynamo im Budget des Sozialdepartements der Stadt Zürich ersatzlos streichen.



Der Abdruck des Stempels.